

Runder Tisch Baukultur und Stadtentwicklung 2, Ergebnisprotokoll

18.9.2017, Kölnischer Kunstverein

Protokoll und Moderation: Matthias Hornschuh (Jörg Biesler)

Grundsätzliches

- Kunst und Künstler gehören ins Zentrum der Stadt, sie dürfen nicht (aus ökonomischen Gründen) an die Peripherie gedrängt werden.
- Kunst kann richtig was und hat etwas zu erzählen, kann Perspektiven entwickeln, die anders sind „...querdenkende Räume, andersdenkende Räume ...“

- Auch auf dem Gebiet der Stadtentwicklung hat die Kunst etwas beizutragen:

Hinhören, was Künstler*innen zu erzählen haben! Wert der Kunst!

- Stadtplanung sollte größer gedacht werden in Zusammenhängen – städtebaulich wie gesellschaftlich.

Die Stadt als Lebens- und Erinnerungsraum erhalten und gestalten

Köln wächst rasch, die Räume werden verdichtet, ökonomischer Druck schließt Freiräume, räumt bestehende Strukturen ab. Dabei geht Erinnerung verloren.

Es wäre wünschenswert, wenn die Stadt stärker Einfluss nimmt auf die Entwicklung und Investoren zu bestimmten Leistungen verpflichtet, etwa den Erhalt von Freiflächen und die anteilige Bereitstellung kultureller Räume bei Neubaumaßnahmen.

Tatsächlich berücksichtigt die Stadtentwicklungsplanung laut eines Vertreters des Amts für Stadtentwicklung solche Aspekte bereits, sie seien planerischer Status Quo. Der hohe Bedarf an Wohnungen und Büroflächen mache die Gestaltung schwieriger. Nur wenige Flächen befänden sich im Besitz der Stadt oder würden von dieser bewirtschaftet. Die Bemühungen, Freiflächen und gewachsene Strukturen zu erhalten und Begegnungsorte zu schaffen, würden aktuell intensiviert.

Konsequent handeln

Viele gute Planungen seien in Köln auf dem Weg, es fehle aber manchmal an der konsequenten Durchführung. Kritisiert wird die Stadtentwicklungspolitik im Kölner Süden und in Mülheim.

Dort habe die Stadt keine Flächen erworben, Einfluss sei damit eingebüßt worden.

Auch für die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans und die Förderung von Kunst sei Nachhaltigkeit wichtig. Förderungen dürfen nicht nach Tagespolitik erfolgen. Die, die in der Stadt Verantwortung tragen, sollten Bewusstsein dafür entwickeln, dass Kultur ausstrahlt!

Kultur mitdenken

Gefordert wird die verpflichtende Schaffung kultureller Begegnungsorte bei Neubauprojekten mit einem festen Prozentsatz (bspw. 10 Prozent der Investitionssumme) und dazu eine ämterübergreifende koordinierende Zusammenarbeit, das sollte Bestandteil des

Kulturentwicklungsplans werden. Für den Fall der Nichterfüllung kultureller Teilnutzungen sollten Bauherren zu Strafzahlungen verpflichtet werden. Zur Gestaltung der kulturellen Räume sollte es Beteiligungsverfahren geben. „Es müsste mehr Öffentlichkeit & mehr Austausch stattfinden“. Vorgeschlagen wird die künftige Planung der Parkstadt Süd als Modellbeispiel zu nehmen, um Partizipationsideen durchzuspielen.

Planen neu denken

Der Kulturentwicklungsplan sollte in diesem Zusammenhang nicht nur ein Plan für die Kultur sein, sondern auch für andere Ämter der Stadt, z.B. auch Städtebau oder das Grünflächenamt, nur so könne man vieles mitsteuern. Die Wahrnehmung müsse entwickelt werden und der Diskurs gefördert. Stadtentwicklung könne so noch stärker von den Bedürfnissen der Menschen aus gedacht werden, zu denen natürlich auch die Kultur zählt. **Künstler könnten mit wenig Mitteln wichtige Beiträge zur Gestaltung von Stadtraum und Gesellschaft leisten.** Beispiele: temporäre Umnutzung des Steigenberger Hotels als Kinoraum, dessen Film die Realität des Außenraums ist; Galerien am Ebertplatz; Cityleaks-Festival. Freiräume seien wichtig, weil sie Orte seien, die Künstler zu Aktionen anregten und so der Diskurs über die Stadt, ihre Geschichte, Gegenwart und Zukunft bereichert werde. Man müsse das verhärtete Denken durchbrechen, dass überall, wo Nutzungen wegfallen, sofort wieder neu gebaut werden müsse. Dazu bedürfe es auch dringend einer **Koordinierungsstelle für Zwischennutzungen** und eine größere Bereitschaft, Zwischennutzungen zuzulassen. Möglicherweise könne das Kulturamt als Mieter auftreten, um Eigentümern größere Sicherheit zu geben (andere Stimmen möchten das lieber selbst organisieren). Zur Finanzierung können Maßnahmen wie Bettensteuer oder die Parkraumbewirtschaftung genutzt werden. Insgesamt müsse aber auch der Kulturetat erhöht werden auf das Niveau vergleichbarer Städte wie etwa Frankfurt/ Main.

Die Verstärkung der Präsenz von Kunst im Stadtraum dürfe nicht als Kostenfaktor, sondern als Investition gesehen werden. Die Aktionen und Künstlerinnen und Künstler machten die Stadt attraktiver. Außerdem gingen von Kunst Impulse für den gesellschaftlichen Diskurs aus. Künstlerinnen und Künstler könnten auch in Form von Genossenschaften selbst mehr Verantwortung bei Projekten übernehmen. Dazu sei aber die vergünstigte Überlassung von Grundstücken erforderlich. Solche Formen könnten auch Alternativen zur üblichen Form von Eigentum sein, als beispielhaft wurde das Berliner Radialsystem genannt. Vielleicht lasse sich so ein Nutzungskonzept und eine Organisationsform für das ehemalige Rautenstrauch-Joest-Museum finden.

Kommunikation fördern

Als wichtig wird die Vernetzung der Akteure angesehen. Vieles bleibe derzeit unverbunden, es wird immer dann einfach und effizient, wenn miteinander gesprochen wird.

Als Ort für öffentlichen Austausch über Fragen der Stadtentwicklung bietet sich das Haus der Architektur an. Das Haus ist städtisch finanziert und hat ein jährliches Budget. Meist seien aber Architekten und Planer im Haus, aber es fehlen Leute aus anderen Sparten, man müsse sich austauschen. Das Kölner Presseamt halte Standortbroschüren vor, aber keine zur Kultur! Das müsse sich ändern!

Baukultur

Die Planung städtischer Räume brauche einen langen Atem und dürfe nicht durch Legislaturperioden bestimmt werden. Es müsse langfristig auf Qualität gesetzt werden. Nur eine Planung auf hohem Niveau führe zu Ergebnissen, die die Stadt lebenswerter machen. Es gebe gute stadtplanerische Ansätze in Köln bspw. das Gebiet Deutzer Hafen => „**Man muss sich dann aber auch an die Pläne halten!**“